

Ideologisches Zusammenspiel von Christentum und Islam

Gedanken aus aktuellem Anlass (Januar 2016)

Teil 1:

Durch die auffälligen Irritationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise wird verdeckt, was an tatsächlicher Problematik auf uns zukommen wird: die Auseinandersetzung mit einer Kultur, die wesentlich durch eine Religion geprägt wird. In unseren Breiten ist es in den letzten zwei Jahrhunderten gelungen, der Vernunft prinzipiell den Vorrang vor religiöser Dogmatik einzuräumen. Diese geistige Haltung, die wir dem aufklärenden Wirken von Philosophen und fortschrittlichen Politikern zu verdanken haben, ist einer Gesellschaft fremd, in der die Religion der Politik Vorgaben macht, eine Religion, deren Grundaussagen noch dem Mittelalter verhaftet sind. Dabei sind es nicht nur die in großer Zahl zur Gewalt aufrufenden Gebote gegen Ungläubige und Andersdenkende, die in diesen Texten den gesellschaftlichen Frieden bedrohen. Es ist der Geist, die Moral dieser religiösen Texte, die sie so unannehmbar für eine liberale und offene Gesellschaft machen. Diese Texte transportieren ein vorzeitliches Weltbild, das stark von blindem Gehorsam und würdeloser Unterwürfigkeit, von gnadenloser Trennung Gläubiger und Ungläubiger, von gewalttätiger Rache und ewiger Vergeltung geprägt ist. Und es ist die Behauptung, dass Allahs Gesetz über allem steht, woraus die Forderung abgeleitet wird, die gesamte Gesellschaft nach den Regeln des Koran und der Scharia zu formieren.

Ein Geist durchzieht den Koran, wie ihn der Wortlaut der christlichen Bibel ebenfalls verkündet. Die ursprüngliche Bedeutung dieser problematischen Bibeltexte ist jedoch durch phantasievolle theologische Neuinterpretationen heutigem Denken angepasst und mit den Vorstellungen einer liberalen Gesellschaft halbwegs kompatibel gemacht worden.

Nun könnte man argumentieren, bei einer Bevölkerung von über 80 Millionen Menschen müsste es gelingen, fünf oder sechs Millionen Muslime mit unserem Wertesystem vertraut zu machen und in unser – wenigstens vom Prinzip her aufgeklärtes – Gesellschaftssystem zu integrieren. Zumal keineswegs alle, vermutlich noch nicht einmal die Mehrheit der hier lebenden und neu ankommenden Muslime ihren Glauben so streng leben, wie es Koran und Scharia fordern. Es ist aber nicht die Größe einer Gruppe, die ihre Gefährlichkeit ausmacht, es ist die Intensität und Aggressivität, mit der sie ihre Ideologie und Verhaltensweisen durchzusetzen versucht.

Dabei wird darüber hinaus übersehen, dass in unseren Reihen seit Jahrhunderten eine institutionelle Macht wirksam ist, die eine vergleichbare religiöse

Uwe Lehnert

Ideologie vertritt. Es sind die christlichen Kirchen, die einerseits zwar im Islam eine ernstzunehmende, geradezu bedrohliche Konkurrenz sehen, andererseits im Islam ein ihnen nahestehendes Glaubenssystem bejahen, das dazu beiträgt, die Rolle der Religion als prägenden Faktor einer Gesellschaft wieder zu stärken und hoffähig zu machen. Schließlich gilt es nach ihrer Auffassung, das für die Religionen bedrohliche Anwachsen säkularer und humanistischer Bestrebungen mit allen Mitteln zurückzudrängen. Zur Strategie der Kirchen gehört daher die Förderung einer weiteren Religion, um generell Religion wie in früheren Zeiten als lebensbestimmendes und staatstragendes System wieder so stark wie möglich in Politik und Gesellschaft zu verankern. Die in einer multiweltanschaulichen Gesellschaft aus liberaler Sicht angezeigte Trennung von Staat und Religion wird daher von diesen beiden missionierenden und nach Macht strebenden Glaubenssystemen kategorisch abgelehnt. Stattdessen werden begrüßt und unterstützt: Einrichtung von muslimischen Theologie-Lehrstühlen, staatliche Finanzierung der Ausbildung muslimischer Religionslehrer, muslimischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen, Sitz und Stimme muslimischer Vertreter in den Rundfunkräten, keine oder kaum Kritik an kritikwürdigem Verhalten von Muslimen oder muslimischen Organisationen u.v.a.m.

Wer die christliche Lehre mit philosophischen, historischen und sachlogischen Gründen ablehnt, wird feststellen, dass die meisten Argumente gegen das Christentum auch auf den Islam zutreffen. Der Gott der Bibel und der Gott des Korans sind als Vorbild und Verhaltensmodell heute nicht mehr akzeptabel. Diese Gottheiten und ihre Moralsysteme sind aus der Perspektive der inzwischen erreichten Humanitätsstandards – wie sie zum Beispiel in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt sind – als das zu bezeichnen, was sie nur sein können: eine Etappe in der an Stationen und Umwegen reichen Geschichte der Menschheit zu einem wahrhaft menschlichen gesellschaftlichen Miteinander.

Die Zeit der politikbestimmenden Mythen nähert sich ganz langsam, leider zu langsam, dem Ende, um Erkenntnis und Wahrheit, wenn auch ebenfalls ganz allmählich, Platz zu machen. Noch sind die religiösen Bataillone stark und wirksam, sie haben aber die Kräfte der Vernunft gegen sich. Wir sollten um der Humanität willen unseren Teil dazu beitragen, uns engagiert auf die Seite der Vernunft zu stellen. Engagement in diesem Sinne fängt an mit Sachkundigmachen und der Mitarbeit in einer Organisation oder Partei mit humanistischer Zielsetzung.

Aber ist das angesichts unserer aktuellen gesellschaftspolitischen Situation noch so ohne weiteres möglich und vor allem erfolversprechend?

→ *Teil 2*

Uwe Lehnert

Teil 2:

Der folgende Text wurde im Sommer 2014 verfasst

Kritik an Christentum und Kirche kann ich offen und ohne Besorgnis aussprechen und veröffentlichen, weil ich in einem Land lebe, das bisher das Recht auf Meinungsfreiheit grundsätzlich noch hochhält. Ich würdige ausdrücklich die Tatsache, dass ich eine andere weltanschauliche Auffassung haben darf und sie auch äußern kann, ohne unmittelbar um mein Leben fürchten zu müssen. Ob diese verbrieftete Freiheit noch lange bestehen wird, ist jedoch angesichts des Duckmäsertums vieler maßgeblicher politischer und intellektueller Köpfe, sich für diese nicht hoch genug einzuschätzende historische Errungenschaft öffentlich einzusetzen, keinesfalls mehr sicher. Viele Vorfälle der letzten Jahre – der berühmt gewordene Karikaturenstreit im Jahre 2006 ist ein symbolhaftes Beispiel dafür – zeigen, dass Wegsehen, Beschwichtigen und vorauseilendes Unterwerfen stattfinden, wo eigentlich eine entschlossene Verteidigung erkämpfter aber gefährdeter Rechte angesagt wäre. Wir bauen die bestehenden Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft durch prinzipienlose Gerichtsurteile und »politisch korrekte«, das heißt verharmlosende, anbiedernde oder gar verfälschende mediale Berichterstattung immer mehr selbst ab und kommen den überholten religiösen Ansprüchen und Verhaltensweisen von unbelehrbaren Fanatikern und bestimmten Zuwanderern, die ihrerseits die Grundwerte unserer Verfassung nicht akzeptieren, immer weiter entgegen. Dieses erbärmliche Zurückweichen halte ich für unsere freiheitlich orientierte Gesellschaft für äußerst bedrohlich, schon deswegen auch, weil es einer Mentalität des Sichabfindens mit der Intoleranz Vorschub leistet. Toleranz darf nicht mit Prinzipienlosigkeit und Gleichgültigkeit verwechselt werden! Wir sind es nicht zuletzt den Menschen der letzten Jahrhunderte und Jahrzehnte schuldig, die einst ihr Leben für unsere heutigen Freiheiten einsetzten, diesem Abbau von Grundrechten entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Heute gegen rechtsextremistische Umtriebe zu protestieren und zu demonstrieren ist ungefährlich. Den heutigen, vom politischen Islam ausgehenden Bedrohungen der Menschenrechte entgegenzutreten, das wäre nicht nur dringend notwendig, sondern erfordert inzwischen schon Mut. Ganz schnell wird man islamophober Einstellung bezichtigt oder bekommt gar physische Gewalt angedroht, wenn man es wagt, strafrechtlich oder verfassungsrechtlich nicht akzeptables Verhalten von muslimischen Zuwanderern zu kritisieren. In solchen Situationen gehen unsere Politiker und viele Intellektuelle, die sonst so eloquent und detailkundig unsere jüngste Geschichte analysieren und uns ständig

Uwe Lehnert

auffordern, daraus zu lernen, elegant in Deckung. Wer half den mutigen Filmmachern, Rechtsanwälten, Künstlern und Exmuslimen, die es wagten, den Abbau von Meinungsfreiheit zu thematisieren und sich gegen religiös motivierte sexuelle Unterdrückung einzusetzen? Sie verloren ihr Leben, gaben aus Angst ihren Beruf auf, leben unter ständigem Polizeischutz oder müssen sich noch den Vorwurf gefallen lassen, angeblich bewusst provoziert zu haben. Stattdessen werden von Leitartiklern und Feuilletonisten sogar renommierter Blätter spitzfindige Überlegungen angestellt, dass auch Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, sexuelle Selbstbestimmung, Recht auf körperliche Unversehrtheit oder Schutz vor ehelicher Gewalt gelegentlich vor religiös-kulturellen Eigenarten zurückzustehen hätten. Hier bestünde wirklich Anlass, aus der Geschichte zu lernen. Aber die Bedrohungen werden offensichtlich bagatellisiert. Wegsehen und Beschwichtigen ist billig und ungefährlich, auf die Dauer aber tödlich, wie uns die Vergangenheit gelehrt hat.

Eine der erfreulichen Ausnahmen unter den sich sonst so vornehm zurückhaltenden Intellektuellen ist der Journalist HENRYK M. BRODER (*1946). Sein Buch »Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken« klagt diese unehrlichen und feigen Moralisten an, die vorgeben, sich stets für die Bewahrung der Menschenrechte einzusetzen, wenn es aber zum Schwur kommt, geschmeidig abtauchen. BRODER gehört zu den Wenigen, die offen und ungeschützt die beim Namen nennen, die unsere Kultur zerstören wollen, und auch die, die in ihrer politischen Funktion hier versagen. BRODER geht in seiner – leider oft ruppigen und polemischen – Art dabei mutig das Risiko ein, eines der nächsten Opfer zu werden. Ähnlich bekennermutig ist der Publizist und Schriftsteller RALPH GIORDANO (*1923), ein Überlebender des Holocaust, der noch nicht vergessen hat, was uns die jüngste Geschichte gelehrt haben sollte. Auch er scheut in der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam ein klares Wort nicht. Seine Argumentation ist faktenreich, differenziert und nicht im Geringsten ausländerfeindlich, wie ihm gern unterstellt wird.

Ein weiteres Beispiel für die akute Bedrohung von Meinungsfreiheit, wie überhaupt von Demokratie und grundlegenden Verfassungsrechten durch den politischen Islam, ist der Umgang mit dem deutsch-ägyptischen Politologen HAMED ABDEL-SAMAD (*1972), Verfasser mehrerer islamkritischer Schriften. Er geriet im Sommer 2013 nach einem Vortrag in Kairo, in dem er vom »islamischen Faschismus« sprach und diese Behauptung aus dessen Entstehungsgeschichte heraus begründete, ins Visier der militanten Muslimbruderschaft. Er erhielt konkrete Morddrohungen aus Ägypten, die dazu führten, dass er in Deutschland unter Polizeischutz gestellt werden musste. Er thematisiert in seinen Büchern und Vorträgen das ungeklärte Verhältnis des Islam zur Demokratie und den Menschenrechten. Er meint damit weni-

Uwe Lehnert

ger die Millionen aus muslimischen Ländern Zugewanderten, die im Großen und Ganzen unsere Verfassung respektierten, obwohl unter ihnen noch stark voraufklärerische und patriarchalische Vorstellungen von großer Bedeutung sind. Sein Augenmerk ist gerichtet auf jene Länder, in denen der Islam sich voll entfaltet hat und seine totalitären Züge in aller Breite zeigt. Er meint aber auch jene Kräfte, die von dort gesteuert, in Deutschland in Moscheen und Kulturvereinen mehr oder weniger offen dazu aufrufen, hier islamische Gesetze zu verankern, mit unserem liberalen Denken unvereinbare Lebensweisen zu etablieren und Ungläubige, zu denen vor allem Juden zählen, zu ächten und zu verfolgen. Was ABDEL-SAMAD auszeichnet, ist sein sachlich vorgetragenes, detailliertes und intimes Wissen über den Islam und seine politischen Anführer im arabischen Raum und in Deutschland. Die meisten deutschen Politiker wollen seine Informationen und Ansichten nicht zur Kenntnis nehmen, entweder aus Sympathie zu einer »befreundeten« Religion oder einfach der Wählerstimmen wegen, die sie sich aus dem Lager der Muslime erhoffen. Dass dabei grundlegende Werte unserer Gesellschaft unter die Räder geraten, scheint man nicht sehen zu wollen. Im Juli 2014 kündigte ABDEL-SAMAD über seine Facebook-Seite an, dass er Deutschland verlassen und sich ein Land suchen wolle, in dem er sich freier und ohne den jetzt auf ihm lastenden psychischen Druck bewegen könne.

Ich wehre mich schon lange gegen die christliche Religion und vor allem die Kirchen, die sich anmaßend in alle gesellschaftlichen und politischen Institutionen einmischen. Ich denke, dass es gute Gründe gibt, sich gegen die Vorherrschaft der christlichen Religion zu positionieren. Deshalb reagiere ich sehr empfindlich, wenn durch Zuwanderung aus sogenannten muslimischen Ländern uns eine weitere Religion »aufgedrückt« werden soll, die in Vielem noch archaischer, wissenschaftsfeindlicher und intoleranter ist, als was wir hier in Europa in den letzten zwei Jahrhunderten bis heute erleben mussten. Dabei bemühe ich mich sehr wohl zu differenzieren einerseits zwischen jenen Menschen, die zwar traditionell muslimisch-religiös sind, aber ihren Glauben als eine private Angelegenheit betrachten und insofern das Recht auf Religionsfreiheit wahrnehmen, und andererseits jenem Teil strenggläubiger, vielfach fundamentalistisch geprägter Zuwanderer, die nicht bereit sind zu akzeptieren, dass wir hier eine sich säkularisierende Gesellschaft bilden, die nicht nur eine auf dem Verfassungspapier versprochene, sondern die eine faktisch-materielle Trennung von Staat und Religion anstrebt.

Unsere Politik kommt diesen integrationsunwilligen Menschen mit immer mehr Zugeständnissen entgegen – durch einen staatlich geförderten erzkonservativen Religionsunterricht (geduldet vor allem in den Moscheen) bei gleichzeitiger Hinnahme eines weit verbreiteten Bildungsdesinteresses, durch

Uwe Lehnert

schleichendes Akzeptieren eines eigenen, auf der Scharia basierenden Rechtssystems und inzwischen rechtsfreier Räume, in die sich die Polizei nur noch in Ausnahmefällen wagt, Vergabe von Sitzen in Rundfunk- und Fernsehräten (Konfessionsfreie und Humanisten in signifikant größerer Zahl sind diesbezüglich chancenlos), kulturel relativistisches Herunterspielen von mittelalterlichen Traditionen und manches andere mehr. Diese im Grunde genommen verfassungsfeindlichen, auf jeden Fall aber unsere Lebensweise ablehnenden Menschen bilden zwar vermutlich die Minderheit, sie paralysieren aber dennoch auf Dauer unsere Kultur, unser Rechtssystem und grundlegende Normen unserer Verfassung, sie werfen zumindest Teile unserer Gesellschaft in ein Zeitalter zurück, das wir überwunden glaubten. Die sich feindlich gegenüberstehenden Parallelgesellschaften in britischen und französischen Großstädten sind für mich traurige Anschauungsbeispiele für die politische Konzeptionslosigkeit bei der Bewältigung von Problemen, die beim Zusammenstoß normativ unterschiedlich basierter Gesellschaften auftreten, und für die Gleichgültigkeit gegenüber dem Verfall von Werten unseres Gesellschaftsmodells.

Für mich ist die Gefahr mit Händen zu greifen, dass unsere Gesellschaft einer neuen religiösen Bedrohung ausgesetzt ist, diesmal hauptsächlich vom politisch agierenden Islam ausgehend, wobei die christlichen Kirchen trotz Aufklärung und Grundgesetz keineswegs geschlossen und eindeutig zu den Verfechtern von Meinungs- und Religionsfreiheit gezählt werden können. Schließlich verbindet sie mit diesem System eine in bestimmten Teilen gemeinsame religionsgeschichtliche und ideologische Basis. Bezeichnend ist doch das Schweigen der Kirchen und unserer sich so christlich gebenden Politiker zu den erschütternden Vorgängen zum Beispiel im Iran, wo man wegen angeblichen Ehebruchs gefoltert und gesteinigt wird und wo homosexuelle Jugendliche öffentlich an Baukränen gehängt werden. Ebenso skandalös sind die religiös begründeten Verhältnisse in dem mit uns »befreundeten« Saudi-Arabien. Es ist aber nicht nur die Mischung aus politischer Rücksichtnahme und »political correctness«, die dieses beschämende Schweigen motiviert, es ist auch die Sorge, dass eine offen geäußerte Kritik an dieser mittelalterlichen Religion auch auf wesentliche Elemente des Christentums und der Kirche angewendet werden könnte.

Ich wende mich gegen die leider verbreitete Auffassung, dass selbst sachlich vorgetragene Islamkritik ausländerfeindlich sei. Der unbedingte Respekt vor dem anderen Menschen – welcher Herkunft, welchen Glaubens, welcher Orientierung auch immer – schließt Kritik an dessen Ansichten für mich keinesfalls aus. Respekt meint, dass ich den anderen so behandle, wie ich behandelt werden möchte, und dass ich seine Position als persönliche Meinung toleriere. Tolerieren in diesem Sinne heißt, formal zu akzeptieren, dass er das Recht auf

Uwe Lehnert

einen eigenen, von dem meinen abweichenden Standpunkt hat. Inhaltlich jedoch erlaube ich mir, die Meinung des anderen mit Argumenten zu kritisieren, gegebenenfalls sogar entschieden abzulehnen. Toleranz setzt allerdings Gegenseitigkeit voraus. Denn Toleranz und Respekt kann nur erwarten, wer selbst dieses Verhalten zeigt, andernfalls verliert eine faire Auseinandersetzung ihre Basis. Auf eine kurze Formel gebracht: Unbedingter Respekt vor dem anderen Menschen (sofern er wenigstens die hier üblichen Formen gewaltfreien Miteinanderumgehens akzeptiert), nur bedingter Respekt vor dessen Auffassungen. Dennoch: Sofern sie keinen Alleinvertretungsanspruch haben, müssen in einem demokratischen Gemeinwesen unterschiedliche, speziell religiöse Lebenskonzepte nebeneinander bestehen dürfen. Daraus entstehende Konflikte sind im Geiste unseres Grundgesetzes auszutragen.

Es besteht offenbar eine weit verbreitete Unfähigkeit (oder Unwilligkeit?) zu differenzieren zwischen dem Menschenrecht auf Ausübung eines persönlich praktizierten, wenn auch noch so mittelalterlich erscheinenden Glaubens und der gesellschaftlichen Auswirkung dieses Glaubens auf Menschen, die davon gegen ihren Willen in ihren Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden. Jeder mag seinem ganz persönlichen Glauben huldigen; sobald er damit Grundrechte anderer Menschen verletzt, erlaube ich mir, eine solche Glaubenspraxis entschlossen zu kritisieren. Um des inneren Friedens willen kann es in einer multiweltanschaulichen Gesellschaft keine unbeschränkte Religionsfreiheit geben. Unbeschränkte Religionsfreiheit zuzulassen bedeutet, der Antiaufklärung das Feld zu überlassen mit der Folge schleichenden Abbaus von Grundrechten. Die Lösung kann nur eine laizistische Gesellschaftsordnung sein, die eine strikte Trennung von Staat und Religionen vorsieht, in der die persönliche Weltanschauung eine weitestgehend private Angelegenheit im Rahmen staatlicher Gesetze zu bleiben hat. Die Ausübung einer Religion darf die Rechte anderer nur in zumutbarer Weise – sei es durch sakrale Bauten, öffentliche Veranstaltungen oder etwa Glockenläuten oder Muezzinrufe – berühren, andernfalls ist der gesellschaftliche Frieden bedroht.

Eine in der Breite der Gesellschaft und durchaus offensiv (nicht aggressiv!) geführte Wertedebatte und ein erneutes Sichbewusstmachen der gesellschaftlichen Errungenschaften der Aufklärung ist längst überfällig. Das in diesem Zusammenhang vorgebrachte Argument, dass unsere Gesellschaft ganz wesentlich auf christlich-religiösen Werten fuße, ist oberflächlich betrachtet zutreffend. Schließlich war das Christentum über die Jahrhunderte in jeder Hinsicht so dominierend, dass nichtchristliche Einflüsse fast nur als Kritik an den herrschenden Zuständen möglich waren. Hier ist vor allem der Aufklärung zu danken, jener geistigen Bewegung des 18. Jahrhunderts, die die Vernunft an

Uwe Lehnert

die Stelle der Religion setzte. Sie entwickelte die Idee der Menschenrechte und forderte den gebildeten und selbstbestimmten Menschen, der sich von »Thron und Altar« befreien sollte. Ein Bollwerk gegen den politischen Islam können daher die »christlichen Werte« kaum darstellen. Aber auch als normative Grundlage der Politik kommen sie keinesfalls in Frage.

Wenn heute christliche Politiker diese »christlichen Werte« beschwören, die unser gesamtes politisches Handeln maßgeblich zu bestimmen hätten, dann sind diese nach den Intentionen der Aufklärung zu beurteilen. Und da zeigt sich, dass sie einer kritischen Bewertung nicht standhalten oder sich auf ohnehin weltweit anerkannte Normen beziehen, denen eine spezifisch christliche Grundlegung nicht zuerkannt werden kann. Denn was wird unter den »christlichen Werten« verstanden? Es sind die Anerkennung Gottes als Schöpfer der Welt und des Menschen und zugleich als oberste Moralinstanz, die Zehn Gebote und die wesentlichen Aussagen der Bergpredigt wie Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Barmherzigkeit. Alle diese normstiftenden Prinzipien würden aus der Bibel folgen, deshalb habe dieses Buch als Grundlage allen täglichen, vor allem moralischen Handelns zu gelten. Unterziehen wir diese sogenannten christlichen Werte im Lichte der bisherigen Ausführungen einer zusammenfassenden Beurteilung.

Erstens: Den christlichen Gottesglauben für alle verbindlich zu machen, ist in einer multiweltanschaulichen Gesellschaft anmaßend und undemokratisch. Dies ist konkret der Fall, wenn Verbote, wie z. B. zum Schwangerschaftsabbruch, zur Sterbehilfe oder zur Embryonenforschung, mit dem christlichen Menschenbild begründet, aber als Gesetze allgemein verbindlich gemacht werden, also auch für Anders- und Nichtgläubige gelten sollen. Zweitens: Die Zehn Gebote (vgl. 2. Buch Mose!) stammen aus archaischer Zeit. Das 1. Gebot verneint die Religionsfreiheit und droht mit Sippenhaft (»du sollst dich nicht vor anderen Göttern niederwerfen«, »bei denen, die mir Feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen, an der dritten und vierten Generation«), das 10. Gebot spricht wie selbstverständlich von Sklaven (neuerdings schönfärberisch »Diener« genannt) und stellt Frauen den Sklavinnen und Haustieren gleich, quasi als natürlichen Besitz des Mannes, von Gleichberechtigung der Geschlechter ist keine Rede. Die Gebote 5 bis 9 sind selbstverständliche Verhaltensnormen, die weltweit in jeder Gesellschaft Gültigkeit haben, also nicht als typisch christlich gelten können, sie finden sich im Grundsatz schon im Ägyptischen Totenbuch und im Codex Hammurabi des antiken Mesopotamien. Drittens: Auch die Grundaussagen der Bergpredigt entsprechen in weiten Teilen einem weltweit gültigen Ethos. Die gern als spezifisch christlich bezeichnete Barmherzigkeit und Nächstenliebe findet sich durchaus auch in anderen Religionen und entspricht im Übrigen dem, was mit Solidarität be-

Uwe Lehnert

zeichnet wird, ein Prinzip gegenseitig praktizierter, evolutionär entwickelter Mitmenschlichkeit. Viertens: Die in vielen Teilen Gewalt (z.B. Landraub) und Inhumanität (z. B. Sklaverei) rechtfertigende sowie heutige moralische Standards negierende Bibel als Grundlage moralischen Verhaltens zu bezeichnen, zeugt von sträflicher Unkenntnis der Bibel oder ist schlicht unredlich.

Es gilt vielmehr festzustellen: Die uns heute wichtigen Werte und Normen stammen gerade nicht aus der Bibel, sie sind Ergebnis moralisch-ethischer Weiterentwicklung. Es sind dies die Menschenrechte wie Meinungsfreiheit als geradezu grundlegendes Recht, das Recht auf Selbstbestimmung, Gleichheit und Gleichberechtigung, Religions- und Wissenschaftsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und vieles andere mehr. Nichts davon steht in der Bibel, sie steht einem demokratischen, die Menschenrechte verbürgenden Staat geradezu entgegen. Alle diese Rechte mussten dem Christentum bzw. einer politisch agierenden Kirche in verlustreichen Kämpfen abgetrotzt werden. Die Kriterien, nach denen selbst Christen heute die Steinigung von Ehebrecherinnen, das Töten von Homosexuellen oder das Kaufen und Halten von Sklaven ablehnen, obwohl diese Gebote bzw. Aufforderungen biblisch legitimiert sind, stammen gerade *nicht* aus der Bibel, sie sind ein Ergebnis der auf Vernunft gründenden Aufklärung.

Erinnert sei an die Worte des Theologen F. W. GRAF, wonach noch in den 1950er Jahren in beiden großen Kirchen der Begriff der Menschenrechte kritisch als liberalistische Verirrung aufgefasst wurde (vgl. Anm. 21 und 22). Dass unsere heutige politische und gesellschaftliche Kultur auf christlichen Werten beruhe, ist also, höflich ausgedrückt: eine Legende, deutlicher formuliert: eine bewusste Irreführung.

Wir können somit feststellen: Es ist nachweislich falsch, dass eine »nachchristliche« beziehungsweise »nichtchristliche« Gesellschaft ohne verbindliche Werte dastünde. Unsere heutigen grundlegenden und maßgeblichen Werte, nämlich Demokratie und Menschenrechte, sind immer noch die, die wir der Aufklärung zu verdanken haben, in ihrer Konkretisierung vor allem der französischen und amerikanischen Revolution. Die Kirche und die ihr willfährig ergebenden Politiker versuchen, das »Rad der moralischen Geschichte« zurückzudrehen, wenn sie Bibel und christliche Lehre wieder zum alleinigen Maßstab machen wollen.⁹⁸

Auszug aus dem Buch

Uwe Lehnert: »Warum ich kein Christ sein will – Mein Weg vom christlichen Glauben zu einer naturalistisch-humanistischen Weltanschauung«. Tectum Verlag, Marburg 2015, 6. Auflage, 500 S. Hier Seite 332ff

Uwe Lehnert